

Afghanistan „Die Marke Taliban existiert weiter“



Der ehemalige Geheimdienstchef und Politiker **Amrullah Saleh**, 44, über die Hintergründe der blutigen Attentate im Land

SPIEGEL: Bei einer Anschlagserie kamen jetzt über 100 Menschen ums Leben, Hunderte wurden verletzt. Was wollen die Täter mit der neuen Gewaltwelle erreichen?
Saleh: Die Taliban haben eine Reputation der Brutalität und Gnadenlosigkeit zu verteidigen. Das ist ihre Form der Machtdemonstration. Ihr neuer Anführer Mullah Akhtar Mansoor will beweisen, dass er diese Fähigkeiten aufrechterhalten kann. All die großen Anschläge erfordern enorme militärische und finanzielle Mittel. Sie werden mithilfe des pakistanischen Geheimdienstes ISI geplant, organisiert und durchgeführt. Deswegen ist es, mit Mansoor einen neuen starken Mann zu etablieren. Die Gewalt soll zeigen, dass die Marke Taliban weiter existiert und der Inhalt der gleiche ist wie vorher: dass die Taliban vereint und schlagkräftig sind.
SPIEGEL: Warum wurde der Tod seines Vorgängers Mullah Omar jahrelang geheim gehalten?
Saleh: Wir wissen nicht, ob er vor zwei oder fünf Jahren

starb. Sicher ist nur, dass Mullah Omar in Pakistan unter Obhut des ISI war. Pakistan hat das immer geleugnet, wie die Führung in Islamabad auch bestritten hat, dass Osama Bin Laden unter ihrem Schutz im Land lebte. Wie sollen wir mit Pakistan einen Friedensprozess führen, wenn alle lügen, vom Armeechef bis zum Präsidenten?
SPIEGEL: Warum sollte der neue Taliban-Anführer so eng mit Pakistan zusammenarbeiten? Er ist ein Afghane.
Saleh: Die Taliban können den Kampf in dieser Form nur mithilfe des ISI aufrechterhalten. Mansoor wird jetzt mit den nötigen Mitteln ausgestattet, um seine Autorität zu festigen und seine Gegner innerhalb der eigenen Reihen in Schach zu halten.
SPIEGEL: Warum strebt Pakistan überhaupt Dominanz über Afghanistan an?
Saleh: Seit seiner Gründung 1947 ist Pakistan ein künstlicher, in sich unsicherer Staat geblieben. Das Land steht,

vor allem durch die Rivalität mit Indien, unter großem geopolitischem Stress. Die Ausweitung des Einflusses auf Afghanistan ist wichtig für Pakistans Gefühl von Stärke. Und ein Ziel ist ja auch schon nahezu erreicht: Die Nato zieht sich zurück, und die Mission der USA beschränkt sich heute fast nur noch auf Botschaftsaktivitäten. Der Plan ist, dass Kabul bald wieder durch die Taliban belagert sein wird.
SPIEGEL: Die Kampftruppen der Nato werden wohl nicht zurückkehren. Was dann?
Saleh: Wir wollen keine westlichen Truppen, sondern politische Unterstützung und Anerkennung dessen, was hier passiert: ein Krieg Pakistans mithilfe seiner Handlanger gegen die Regierung in Kabul und die Bürger dieses Landes.
SPIEGEL: Gibt es also keinerlei Hoffnung auf Frieden?
Saleh: Doch, es gibt Frieden, sobald Pakistan es will.

Interview: Susanne Koelbl



Anschlagort in Kabul

Fußnote

23 656

Japaner über 65 Jahre haben in den ersten sechs Monaten 2015 eine Straftat begangen. Bei den meisten Fällen handelt es sich um Ladendiebstahl. Jugendliche waren dagegen nur für 19 670 kriminelle Delikte verantwortlich. Von 2003 bis 2013 hat sich die Zahl der Straftaten von Senioren verdoppelt, auch weil die Gesellschaft altert; gut ein Viertel der 127 Millionen Japaner sind über 65.

FOTOS: MIKHAIL GALUSTOV / REDUX / LAIF (O. R.); WAKIL KOHSAR / AFP (U. R.)

Großbritannien Moderne Sklaven

Sie wurden drangsaliert, geschlagen und mit Hunden eingeschüchtert – nun verklagen sechs Arbeiter aus Litauen einen englischen Jobvermittler wegen moderner Sklaverei; es geht um ihren Einsatz bei einem Hühnerbauern. Die Männer fordern Schadensersatz für Verletzungen sowie nicht ausgezahlte

Löhne. Der Prozess begann diese Woche, es ist das erste Mal, dass sich eine britische Firma wegen des Vorwurfs von Sklaverei verantworten muss. Erst seit Ende Juli gilt ein neues Gesetz, das ausbeuterische Arbeitsbedingungen bekämpfen soll. Die Regierung geht davon aus, dass bis zu 13 000 Menschen unter sklavereiähnlichen Bedingungen beschäftigt sind. Viele von ihnen arbeiten in der

Landwirtschaft, auf illegalen Cannabis-Plantagen oder in der Prostitution. Fast alle Opfer sind Einwanderer, die sich unter dem Vorwand nach Großbritannien locken ließen, schnell Geld zu verdienen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden der Polizei 731 Fälle von Menschenhandel gemeldet, die meisten Betroffenen stammen aus Albanien, Vietnam und Nigeria. cx